

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verantwortlicher Hr. 226

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verantwortlicher Hr. 226

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4699, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltrige Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 221.

Donnerstag, den 21. September 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Ein ernstes Wort in letzter Stunde!

(Für Oldenburgische Landtagswahl.)

In den letzten drei Tagen dieser Woche finden im Fürstentum Lübeck die Wahlen der Wahlmänner statt. Von dem Ausfall dieser Wahlen hängt es ab, ob das Fürstentum im Oldenburgischen Landtage durch Agrarier und Agrarierfreunde, d. h. Volksfreunde, oder durch Freunde des werththätigen Volkes vertreten sein wird.

Wenn wir uns heute an dieser Stelle mit den Oldenburgischen Landtagswahlen beschäftigen, dann geschieht das nur, um den Landtagswählern im Fürstentum Lübeck in letzter Stunde noch einmal in aller Kürze die Bedeutung dieser Wahlen auseinanderzusetzen.

Im allgemeinen findet man, daß das Interesse an den Landtagswahlen nur ein verhältnismäßig geringes ist. Dieser Zustand ist eine Folge des indirekten Wahlsystems. Würde an seine Stelle ein direktes Wahlrecht treten, d. h. müßten die Abgeordneten direkt von den Wählern bestimmt werden, dann wäre das Interesse ohne Frage ein regeres. Deshalb muß jeder Landtagswähler, der dieses indirekte Wahlsystem beseitigt und ferner jedem erwachsenen Bewohner des Großherzogtums Oldenburg das gleiche Wahlrecht gewährt wissen will — heute sind bekanntlich die Handwerksgehilfen, Knechte etc., die keinen eigenen Herd haben, d. h. beim Arbeitgeber in Kost und Logis sind, vom Wahlrecht ausgeschlossen — zur Wahl gehen und den Stimmzettel abgeben, der ihm von der Arbeiterpartei angeheftet worden ist.

Die Abgabe dieses Stimmzettels stellt aber weiter einen Protest dar gegen die Regierung, die es abgesehen hat, der Forderung des Landtages auf Einführung des direkten Wahlrechts zu entsprechen. Die Regierung hat damit dokumentiert, daß sie sich nicht in diesem zweckmäßigen Landtagsbeschlusse zum Ausdruck kommende Willen des Volkes das höchste Gesetz ist.

Eine der wesentlichsten Aufgaben des nächsten Landtages bildet die Steuerreform. Diese nimmt umso mehr das Interesse der Bevölkerung in Anspruch, als es sich hier um den — Geldbeutel handelt; um den Geldbeutel, der infolge der ungünstigen Finanzlage Oldenburgs — die eine Folge der heillosen Reichsadventurpolitik und der Erhöhung der Einkünfte des Großherzogs ist — schon alljährlich durch Steuern etc. in Anspruch genommen worden ist. Die Agrarier werden natürlich, wenn sie die Mehrheit im Landtage erhalten, versuchen, aus dieser Steuerreform Vorteile für sich herauszuschlagen und zwar auf Kosten der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung, die bereits schon schwer genug unter dem 25prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer leiden. Sie werden versuchen, auf diese oder jene Weise Kleinem aus der Hand des Volkes zu schneiden. Deshalb dürfen keine Agrarier und Agrarierfreunde — diese nennen sich z. B. in Schwartau „Nationale Debnungsparteien“ — gewählt werden. Vielmehr ist es notwendig, Leute in den Landtag zu entsenden, die für die Aufhebung des Zuschlages, sowie für die Befreiung der unteren 4 bis 6 Steuerklassen und dementsprechend für höhere Belastung der stärkeren Schichten, d. h. der Leute mit einem hohen Einkommen, eintreten. Ist es doch geradezu standalös, daß in Oldenburg die Vermögen der Armen, die nur ein Jahresinkommen von 250 M. haben, zur Steuer herangezogen werden.

Doch auch derjenige muß für die Liste der Arbeiterpartei eintreten, der eine Verbesserung der manchenmal recht traurigen Schulverhältnisse im Oldenburgischen Lande will. Die Agrarier sind bekanntlich die ärgsten Gegner einer wirklichen Schulreform.

Das Hauptinteresse der kommenden Landtagssitzung dürfte unstreitig die Erörterung der Ruffrats-Affäre in Anspruch nehmen. Handelt es sich doch hierbei zunächst um die Frage, inwieweit in Oldenburg noch von einer objektiven Rechtspflege die Rede sein kann; weiterhin aber wird bei dieser Gelegenheit die „Klebefähigkeit“ des Boller-Ministers Ruffrat einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden.

Wir haben in Vorstehendem in aller Kürze der wesentlichsten Aufgaben des nächsten Landtages gedacht. Weitere Fragen, wie z. B. die Aufhebung der Regierung in Eutin, für die natürlich jeder Volksfreund eintritt, die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung etc., spielen gegenwärtig trotz ihrer Unmühsamkeit nicht zu verkenne- den Bedeutung nur eine untergeordnete Rolle.

Es ist also Pflicht aller derjenigen Landtagswähler, die nicht wollen, daß die Agrarier und ihre verkäpften

oder offenen Freunde das Fürstentum im Landtage vertreten sollen,

die nicht wollen, daß die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung noch mehr als bisher von der Steuerlast befreit werden,

die wollen, daß die Bahn gebahnt wird für eine gesunde Weiterentwicklung des Großherzogtums, am Wahltag an die Urne zu treten und die Wahlmännerliste, die von der sozialdemokratischen Partei aufgestellt, resp. unterstützt wird, ohne weitere Streichungen abzugeben!

Gehe ein jeder zur Wahl; sage niemand, daß es auf seine Stimme nicht ankommt. Jede Stimme ist im gegenwärtigen Wahlkampf notwendig!

Unsere Parole lautet:

Nieder mit den Agrariern!

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Erster Tag.

Nachmittags-Sitzung.

Zena, den 18. September 1905.

Kurz nach 3 Uhr eröffnet Vorsitzender Singer die Verhandlungen mit der Mitteilung von Begrüßungstelegrammen von den Sozialdemokraten Armeniens, Budapests, Koburgs, Hamburgs und Rotenburgs.

In der Diskussion über das Parteistatut erhält zunächst das Wort

Ulrich-Riel: Wir in Schleswig-Holstein billigen die Absicht, unsere Partei durch Zusammenfluß mehrfacher zu machen, vollkommen. Aber Einheitslichkeit schließt Überlegung nicht aus. Außer dem Kopf und den äußersten Gliedern braucht die Parteiliste auch Organe in der Mitte, selbst Heteritäten. (Heiterkeit.) Darum wünschen wir, daß die Bezirksorganisationen als Bank der Parteileitung fungieren und als Mittler der Berichterstattung zwischen Kreis und Leitung. Wenn wir aber überall starke Organisationen haben, sind die Vertrauensmänner in dem vorgeschlagenen Umfang überflüssig. Sie gehören dann nur dahin, wo die Vertrauenspersonen der Frauen stehen, als notwendige Hilfsmittel gegen eine rückständige Bezirksorganisation oder eine schwache Organisation. Wir dürfen gegen die Forderung nicht etwa ein wildes Häuflein, wenn auch mit bestem Willen sein. Nein, wir brauchen eine Organisation, wie sie unter Feindes Befehl, den Militarismus, wir brauchen Regimenter, Bataillone und Kompagnien, Gefechtsabteilungen, wie wir sie eben zu schaffen im Begriff sind. (Bravo!)

Ulrich-Offenbach: Organisationen kann man nicht durch Paragrafen schaffen. Wir können nur den Stempel auf das Gewordene drücken. Je schwächer die Bewegung, desto stärker war stets der Drang nach Zentralisation. (Sehr richtig!) Aber heute ist die Zeit der starken Zentralisation, die wir in den 60er und 70er Jahren noch hatten, endgültig vorbei. Auch Preußen hinkt jetzt den süd- und mittel-europäischen Staaten in der Schaffung von Landesorganisationen nach. Was hat eben die Beteiligung an den Landtags- und Gemeindevahlen schon früher dazu getrieben, als Schutzwehr gegen stigmatisierten Landesorganisationen zu schaffen. Das sind jetzt lebensfähige Glieder, die auch im Staat zu ihrem Recht kommen werden, wenn wir die Bestimmungen über Abführung des Geldes und Berichterstattung an den Vorstand etwas anders fassen. — Ueber die Höhe des Beitrages will ich nicht viel sagen, aber das eine: Sehen Sie einen einheitlichen Mindestbeitrag fest, damit wir eine gefüllte Beitragskasse bekommen. (Beifall.)

Abg. Zubeil (Charlottenburg): Preußen hat organisatorisch keine Pflicht stets so gut getan wie Süddeutschland. Aber zum Organisationsstatut! Ohne viel Wert auf den Prozentfuß zu legen, begrüßen wir es mit Freuden, daß das Prinzip festgelegt worden ist, daß alle Wahlvereine einen bestimmten Teil ihrer Einnahme an die Zentralkasse abzuführen müssen. Ich stimme auch dem Gedanken einer Vertretung der Gesamtfraktion auf dem Parteitag zu. Zwingen Sie uns nicht, ein Viertel der Reichstagsabgeordneten anzuführen. (Heiterkeit.) Das Recht, Genossen auf Jahre hinaus zu ächten, ist jetzt erst recht schwerlich den Wahlvereinen genommen und einem unparteiischen Schiedsgericht übertragen worden. Das Vertrauensmännerstystem droht eine große Gefahr für die Einheitlichkeit der Organisation zu werden, wenn nicht ausdrücklich festgelegt wird, daß Vertrauensmänner die Vorsitzenden der Wahlvereine sein sollen. Vor allem bitte ich Sie — im Gegensatz zur Mehrheit meines Kreises — dem langgehegten Wunsche der Berliner Genossen nachzugeben, und den „Vorwärts“ endlich in ein reines Parteiblatt umzuwandeln. Es ist unmöglich, den jetzigen Zustand bestehen zu lassen; bei der bisherigen Organisation kann der „Vorwärts“ nicht in der wünschenswerten Weise ausgebaut werden. Berlin nimmt endlich das Recht in An-

spruch, das alle anderen Orte seit 10 Jahren haben. (Beifall.)

Schmidt-Münster: Wir haben das Organisationsstatut zu: daraufhin geprüft, ob es geeignet ist, die Interessen der Partei in immer weitere Kreise zu tragen. Darum wünschen wir nicht, daß 25 Proz. an die Zentralkasse abgeführt werden müssen, weil das den Kreisen zuviel Lasten auferlegt. Hingegen scheinen uns, wenn es — nach Verzicht Bremer Rede — mehr auf das Prinzip als auf die Höhe des Beitrages ankommt, die Verhältnisse die Festsetzung eines Einheitsfußes nicht unmöglich zu machen. Für die prozentuale Vertretung der Fraktion treten wir nur des Prinzips wegen ein, nicht weil wir die Bedeutung unserer Vertretung im Reichstag verkennen. Aber die gleiche Grundsätze könnten uns auch zwingen, den Landtagsabgeordneten und Gemeindevertretern hier Sitz und Stimme zu geben.

Wels-Berlin empfiehlt den Antrag der Berliner Genossen, den „Vorwärts“ des Charakters als Zentralorgan zu entkleiden. Boller hat sich darüber gemündert, daß dieser Gedanke nicht von dem Berliner Vertreter in der Kommission ausgesprochen worden sei. Das kommt daher, weil damals noch kein für ganz Berlin bindender Beschluß gefaßt war. Die Berliner sind stiefmütterlich behandelt worden. Überall sonst haben die lokalen Organisationen den größten Einfluß auf ihr Blatt, nur den Berliner ist dieser weitgehende Einfluß genommen. Die Berliner Genossen tun loyal ihre Pflicht; der Gedanke, daß die Berliner Genossen die Ueberschüsse des „Vorwärts“ den Zwecken der Gesamtpartei entgegenbringen könnten, hätte vielleicht während der Zeit der Unabhängigen einige Berechtigung. Heute ist ein solcher Gedanke ganz unberechtigt. Die Berliner Genossen haben ja in letzter Zeit einen größeren Einfluß auf den „Vorwärts“, auf Anstellung der Redakteure usw. bekommen, er ist aber bei weitem nicht so groß, wie der anderer Lokalorganisationen. Als Zentralorgan hat der „Vorwärts“ die Verpflichtung, das ganze Parteileben widerzuspiegeln, er kann in neu auftauchenden Parteifragen nicht aktuell sein, aber die Berliner haben unsere Meinung und wollen sie im „Vorwärts“ vertreten sehen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß der „Vorwärts“ z. B. für die Landtagswahlbeteiligung eintritt, während die Berliner Genossen dagegen sind. Das Zentralorgan ist nicht einmal immer der Meinung des Parteivorstandes gemessen. Der Vorstand hat öfters mehr Salz in der Schreibweise des „Vorwärts“ verlangt. Dabei hat in Dresden von der Notwendigkeit grundlegender Änderungen in der Redaktion des „Vorwärts“ gesprochen. Auch dem Parteitag ist dann alles beim Alten geblieben. Deshalb nichts geschah, weiß ich nicht; vielleicht liegt das an der alljährigen Abwesenheit der leitenden Personen im Vorstand. Bei unserem Antrag liegt in jede Hinsicht gegen den Vorstand fern, er ist nur vom Gerechtigkeitsgefühl diktiert. Die Berliner wollen nicht minderes Recht haben, wie die übrigen Parteigenossen. Selbst ist übrigens das Zentralorgan nicht vom Parteivorstand befreit worden. (Heiterkeit.) Auch deshalb wollen wir mehr Einfluß auf den „Vorwärts“ haben, um Angriffe auf ihn den Boden zu entziehen. Von der Wiedereinführung des Chefredakteurspostens, wie zu verschiedenen Zeiten, versprechen wir uns keine wesentliche Besserung. Für unseren Antrag können wir uns auf Auer berufen, der in Mainz erklärt hat, der Charakter des Zentralorgans könne nur so lange beibehalten werden, als die Berliner Genossen gewillt sind, dies Opfer zu bringen.

Schulz-Bremen: Boller meint, heute müßte er so ausführlich reden, um die Mißverständnisse, die aufgetaucht seien, von vornherein zu beseitigen. Besser wäre es gewesen, die Kommission hätte schon früher einen Bericht über ihre Beratungen erscheinen lassen oder eine Begründung ihrer Änderungsanträge veröffentlicht. Die Bremer und Erfurter Genossen legen großen Wert auf die konsequente Durchführung des Wahlvereinsystems. Nirgends fast selbst in Oldenburg nicht, stehen dem gesetzlichen Hindernisse entgegen. Statt dem jetzigen Zufallsystem der Vertretung auf dem Parteitag schlagen wir ein jedenfalls gerechteres Proportionalwahlstystem vor, das nach der Zahl der organisierten Genossen für den Parteitag des nächsten Jahres zunächst der Parteivorstand ausarbeiten mag. (Heiterkeit.) Das Vorrecht der Fraktion wollen wir gänzlich aufheben. Gleich dem von ihm zitierten Artikel hat Boller heute Stimmung gemacht, nur in anderem Sinne. Schließlich entscheidet doch vielfach der Zufall, ob ein Kandidat — mit Hilfe der blutigen Parteien vielleicht — gewählt wird. Für den Parteivorstand wünschen wir eine Erweiterung der Befugnisse. Darum wünschen wir, daß jeder einzelne Parteitag die Zahl der Vorstandsmitglieder je nach den gewachsenen Aufgaben festsetzt. Ueber den „Vorwärts“ ist wegen seiner Fälschung auf allen möglichen Parteitag schon geklagt worden. Wenn der „Vorwärts“ erst ein Organ der Berliner Genossen ist, werden in der Tat die Polemiken an Schärfe verlieren, denn dann brauchen sich die Angriffe nicht mehr gegen das „Zentralorgan“ zu richten.

Löbe-Breslau: Das Organisationsstatut hat die Aufgabe, eine Kräfteverwendung zu verhindern. Im Gegen-

sich zu Genossen Ulrich glaubt sich, daß eine solche nur durch die Zentralfaktion verstanden wird. Die Zeit der Zentralfaktion, die meines Erachtens noch lange nicht vorbei ist, ist in Deutschland durch die Gesetzgebung nur gewaltsam gehindert worden. Beziehen wir jetzt das Vertrauensmännersystem allgemein im Statut bei, so machen wir gar keinen Fortschritt. Sehen Sie sich die Organisation des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ an. Der Leiter dieser Presse-Material, schließt seine Redner, besucht die schwachen Organisationen. Ein großer Teil der Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft rührt daher, daß die Partei organisatorisch zurückgefallen ist. Für eine andere Verteilungsform auf dem Parteitag fehlen uns jetzt leider alle erforderlichen Grundlagen. Die jetzt angeführte Verteilung der Organisation wird sie uns liefern. In unserer Zeit der Konzentration und Zentralfaktion kommt man nur durch sie vorwärts.

Dr. A. Königsberg meint, die Süddeutschen wollten von der Straffheit des Organisationsentwurfs allenthalben ablassen. Aber gerade die Vertrauenspflicht und die Vertretungspflicht bilden die Grundlage der neuen Organisation. Das Prinzip der Vertrauenspflicht muß unbedingt aufrecht erhalten werden. Ueber die Höhe des Beitrags mag gestritten werden, zu niedrig dürfen die an die Zentralfaktion abzuführenden Beiträge aber auch nicht sein. Die Vereinsform ist sogar schon auf dem Lande in Preußen eingeführt. Wesentlich ist eine direkte Fühlung gerade der rückständigen Kreise mit dem Parteivorstand. Er wird dann leichter erkennen, wie nötig ist ein Griff in den Geldbeutel zu Gunsten dieser rückständigen Kreise ist. Im Interesse der rückständigen Kreise ist auch die Uebernahme der Delegationskosten auf die Parteikasse, denn sonst ist das Recht, den Parteitag zu besuchen, für diese Kreise nur ein papierenes Recht.

Frau Siegel-Hamburg: Ich möchte Sie bitten, den § 14 unter Ablehnung aller Änderungsanträge anzunehmen. Das ist der Wunsch der Genossinnen Badens, Sachsens und Hamburgs, dem Sie umso eher nachkommen können, als dieser Paragraph nur bestehendes bestätigt. Schon der Gothaer Parteitag hat zur Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen aufgefordert. Alle unsere Erfolge sind darauf zurückzuführen. Wenn seit dem Bremer Parteitag im vorigen Jahre die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ von 10 000 auf 23 000 gestiegen ist, wenn wir im letzten Jahre in Hamburg, Mannheim, Dresden und Leipzig glänzende organisatorische Erfolge erzielt haben, so danken wir das vornehmlich der agitatorischen Tätigkeit der weiblichen Vertrauenspersonen. Auch wenn wir moderne Vereinsgesetze hätten, brauchen wir sie. Denn die schon überlasteten Wahlvereinsvorsitzenden können die infolge der Eigenart des weiblichen Charakters, infolge der Rückständigkeit weiter Kreise und der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Frau besonders schwierige Agitation unter den Frauen nicht auch noch betreiben. Sorgen Sie dafür, daß überall, wo sich eine geeignete Frau findet, eine weibliche Vertrauensperson gewählt und damit der § 14 in die Wirklichkeit umgesetzt wird. (Beif. Bravo!)

Hippold-Eisenach: Das neue Organisationsstatut scheint mir durchweg das Richtige zu treffen. Das Proportionalwahlrecht würde die kleinen Kreise völlig rechtlos machen. Schaffen wir in diesem Jahre den „Vorwärts“ als Zentralorgan ab, so haben wir nächstes Jahr wieder die Anträge auf Schaffung eines neuen Zentralorgans.

Jenssch-Berlin IV begründet die von seinem Kreis gestellten Anträge. Zunächst beansprucht er für die starken Kreise den Nachbarn, daß Genossen aus den einen sich in den anderen organisieren dürfen — Berlin I und III bezogen z. B. einen großen Teil ihrer tätigen Genossen aus Berlin IV und VI. Die gekauften „Gefälligkeitsmandate“ müßten, um der Würde des Parteitags willen für alle Zeit befristet werden. Nach seiner Auffassung solle der „Vorwärts“ Zentralorgan bleiben; doch sollte auch die übrige Parteipresse die Bekanntmachungen des Vorstandes an hervorragender Stelle bringen. Die Zusammenfassung des Parteitags müsse demokratischer werden, mit Hilfe des Organisationsstatuts. Die Demokratie könne auch die Zulassung von 100 privilegierten, gleichsam lebenslänglichen Vertretern nicht billigen.

Dr. Michels-Marburg: Was bisher über die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag gesagt worden ist, scheint mir nicht geeignet, die Frage brauchbar zu lösen. Wir sollten die Reichstagsabgeordneten als solche überhaupt nicht zum Parteitag zulassen. Etwas ist im jüngsten Streit mit Meisinger und Kautsky, wenn er meinte, wir könnten keinen „Parlamentarismus“ haben, weil wir kein „Parlament“ hätten. Daß bei uns trotzdem ein Parlamentarismus herrscht, beweist z. B. die Antwort der Reichstagsfraktion auf den „Gruen-Lon-Artikel“ Mehrings. Durch das Verbot des Mitstimmens der Reichstagsabgeordneten in parlamentarischen Fragen wird der Parteitag nicht genügend geschützt. Denn wir sind eine parlamentarische Partei und alle Fragen unserer Parteitage haben Bezug auf die Haltung der Fraktion. Nun sollen wir aber von den Parlamentarier besonders inspiriert werden können. Das müßten doch in wirklich parlamentarischen Ländern die Abgeordneten noch einen viel besseren Überblick haben als bei uns. Aber da können wir von unseren Bruderparteien lernen. In Holland, Frankreich, Italien, Ländern mit Ministerverantwortlichkeit und schärferer parlamentarischer Kontrolle läßt man den Parlamentarier keinerlei Sitz und Stimme auf dem Parteitage, ja man beschränkt die Zahl der zulässigen Parlamentarier im Parteivorstand auf 1 oder 2. Wenn in Frankreich jemand solche Vorrechte für die Parlamentarier beanspruchte, würde er einfach ausgelacht werden. Die Reichstagsabgeordneten sind ja in dieser Frage selbst geteilt, also sind wir in der Lage, sie prinzipiell zu entlassen.

Silberstein-Berlin: Wir halten die Organisationsfrage nicht für eine Formfrage, wir glauben, es sind mit ihrer Lösung Klagen über die Parteientwicklung und der Geist in der Partei zu befestigen. Die Verbindung des Vorstandes mit den einzelnen Wahlkreisen ist heute ungenügend und muß verbessert werden. Die direkte Geldabführung und die Berichtspflicht sind geeignete Mittel hierzu. Die Landesorganisationen brauchen deswegen nicht unterdrückt zu werden. Im großen und ganzen kann der Statutenentwurf angenommen werden.

Bebel: Der Parteivorstand und die Kontrollkommission

haben einstimmig den Beschluß gefaßt, Sie zu bitten, den Antrag der Berliner Genossen, dem „Vorwärts“ der Charakter als Zentralorgan zu nehmen, abzulehnen. Von den 8 Berliner Kreisen haben Teltow-Buckow und Berlin IV mit 31 000 gleich 1/3 der Vorwärtsabonnenten gegen diesen Antrag gestimmt. Von den monatlichen Vorberatern der Berliner Genossen hat der Vorstand nichts gehört, (Vielmehr hört!) so daß es ihm unmöglich war, seine Gegengründe zu entwickeln. Als im Frühjahr 1890 der die Sicherheit vor Entloshen des Sozialistengesetzes hatten und an die Schaffung eines neuen Zentralorgans gingen, konnten wir natürlich den Berliner Genossen ihr Blatt nicht wegnehmen, sondern mußten sie nachträglich fragen. Damals haben sie mit größter Bereitwilligkeit unseren Vorschlägen zugestimmt. (Zuruf von Weis-Berlin: Die Vertrauensmänner, aber nicht die Offensivkräfte!) Aber, lieber Genosse, das war ja damals nicht möglich, wir waren ja noch unter dem Sozialistengesetz. Auch die spätere Watsche der Berliner Genossen sind seit dem Hamburger Parteitag von 1897, seit der Schaffung der Prekommission, im vollsten Maße berücksichtigt worden. Die Berliner Genossen haben jetzt einen vollen Teil an der Zusammenlegung der Redaktion und der prinzipiellen Haltung ihres Blattes. Bei der geplanten Neuordnung beabsichtigten die Berliner Genossen natürlich keine andere Verwendung der Ueberschüsse, in dieser Richtung haben sie sich immer als tadellose Genossen gezeigt. (Bravo!) Aber wie ist es denn nun mit der prinzipiellen Haltung der Redaktion? Am 17. Juni d. J. kritisierte in einer großen Versammlung der Berliner Parteifunktionäre ein Mitglied der Parteivorstandes ganz energisch und suchte polemisch nachzuweisen, was notwendig für die reaktionäre Haltung des Blattes sei. Viele Ausführungen fanden so sehr den Beifall der gesamten Berliner Parteifunktionäre, daß sie der Redaktion als Programm empfohlen wurden. (Weis ruft: Aber es wurde nicht gehalten!) Ja, damals fiel die Bemerkung, in einem bürgerlichen Blatte sei dergleichen unmöglich. Da würde allerdings der Verleger den Teil der Redaktion mit abweichender Meinung hinauswerfen. Wie ist es denn in der „Vorwärts“-Redaktion so weit gekommen? Die Berliner Genossen haben in den letzten Jahren 4 Redakteure aus ihrer Mitte von der sogenannten radikalen Richtung hineingewählt. Zwischen sind aber zwei derselben nach rechts umgefallen, so daß die Mehrheit jetzt eine andere geworden ist, als sie sonst wohl sein würde. Aber jedenfalls ist es gerade im gegenwärtigen Augenblick unmöglich, in Berlin, wo der Parteivorstand sitzt, ihn gegenüber unserem Hauptblatte in eine subalterne Stellung zu drängen, ihn zu zwingen, sich gegebenenfalls bittend an die Redaktion oder die Berliner Parteigenossen zu wenden. Auch wir sind ja entschlossen, alles anzubieten, um den vollberechtigten Klagen der Berliner, die ja die unseren sind, abzuhelfen. Auch wir können auf Mittel und Wege, auf denen den gegenwärtigen, unhaltbaren Zuständen abgeholfen werden kann. Die Dinge müssen eben allemal einen Höhepunkt erreichen, ehe man zu einschneidenden Maßnahmen greifen kann. Die Berliner haben ja auch das Selbstgefühl, daß aus ihrer Mitte die beiden Mitglieder des Parteivorstandes gewählt werden. — Ich bitte Sie, auch die Anträge abzulehnen, daß Vorstand und Kontrollkommission 3 Wochen vor dem Parteitag die provisorische Tagesordnung festsetzen sollen. Wir müssen die Referenten schon 1/2 Jahr vorher gewinnen. (Bravo!)

Bring-Offenbach verlangt, daß der Ausschluß der Partei nur auf Grund eines Organisationsbeschlusses erfolgen darf. Bei der Beitragsleistung muß den armen Kreisen Rechnung getragen werden. Nebner wendet sich gegen die Anträge auf Beschränkung der Rechte der Fraktionsmitglieder. Durch die Wahl in den Reichstag wird hoch ein Genosse nicht schlechter. Die Reichstagsfraktion muß hier Rechenschaft ablegen. Wir müssen wegen solcher Schwächen, wie sie bei den Heroldrechten sich gezeigt haben, die Mitglieder der Fraktion beim Schopfe nehmen können. (Gelächter.)

Jorn-Fürch wünscht, daß den ländlichen Verhältnissen bei der Organisation mehr Rechnung getragen wird. Die Beitragshöhe müsse von dem gleichen Gesichtspunkt aus festgesetzt werden, die direkte Geldabführung sei aber gut zu heißen. Schließlich beantragt er, daß Vereinsmitglieder, die ihr Domizil wechseln, nicht einer neuen Eintrittsgebühr unterworfen werden sollen.

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Die straffe Zentralfaktion ist das einzig Richtige. Im Jahre 1905 brauchen wir nicht mehr solche Angst vor der Polizei zu haben. Selbst in Mecklenburg gibt es sozialdemokratische Vereine. Eine zu straffe Organisation kann nicht schädlich sein, dagegen könnten die Landesorganisationen ruhig ausgeschaltet werden. (Oporufe bei den Pfenzen.)

Wassner-Stuttgart: Wenn auch aus Süddeutschland viel Änderungsanträge vorliegen, so sind wir doch nicht gegen Zentralfaktion. Der Entwurf beschränkt aber die selbstständige Organisationsform der Süddeutschen in manchen Punkten und diese sollten abgeändert werden. Wir sind gegen die direkte Geldabführung und gegen die direkte Vertretung an die Zentralfaktion. Die Wahlkreise müssen selbstständig sein. Die Tätigkeit in den einzelnen Kreisen ist durch Landtagswahlen und kommunale Tätigkeit eine so vielfältige und erfordert so große Mittel, daß die Opferwilligkeit nicht erlöschen darf. Ein solches Erlöschen aber befürchten wir von einer direkten Beitragspflicht an die Zentralfaktion. Selbstverständlich sind auch wir nicht prinzipiell gegen Abführung von Geldern an die Zentralpartei.

Abg. Pfannkuch: Nach der hiesigen Debatte sind wir uns einig in dem Streben, eine straffere Organisation zu schaffen. All die Bedenken aus engem Gesichtskreis heraus, die hier vorgebracht worden sind, hat die Kommission schon ausgeschlossen, weil sie das ganze Reich im Auge behalten mußten. Wenn wollte die Kommission den Zusammenhang festigen, aber wir mußten doch der Freiheit der Genossen Spielraum lassen. Ich bin — Bebel sagt spottend, noch vom Bassalischen Arbeiterverein her — mit meinem Herzen in der Partei wie in der Gewerkschaft Zentralfaktion. Aber wir mußten doch den Wahlvereinen freistellen, ob sie sich zu Bezirks-, zu Landes-, oder zu Bezirks- und Landesverbänden zusammenschließen wollen. Für die Berichterstattung haben wir bequeme Formulare vorgegedruckt, deren Bearbeitung auch nicht übermäßige Mühe machen. Die Resultate unserer bisherigen Bearbeitung der Berichte haben wir nur nicht veröffentlicht, um nicht den miserablen Zustand der bisherigen Berichterstattung zu verraten. Im ganzen werden wir wohl

kaum mehr als reaktionelle Änderungen am vorgeschlagenen Statut treffen.

Friedrich-Darmstadt: Gütige Vorkaufs-Begünstigung solcher Vorlagen, so wäre der Entwurf nicht so vielen Gegenwärtigen begünstigt. Mit der Zentralfaktion brauchen wir wohl nicht zu warten bis auch in Mecklenburg das letzte Hindernis gefallen ist. Die Entwicklung ist ganz langsam von nur lokaler zur Reichs- und Landesorganisation langsam gegangen. Um den Organisationen aber die finanzielle Grundlage zu geben, muß für ganz Deutschland ein einheitliches Markensystem eingeführt werden, das ein Beitragsminimum für ganz Deutschland festsetzt.

Ein Schlußantrag, von Meißner begründet, von Ehrhardt-Ludwigshafen bekräftigt, wird angenommen. Berichtig bekräftigt Weis-Berlin V., daß der Parteivorstand nicht rechtzeitig von dem Plane der Berliner benachrichtigt worden sei.

Bebel entgegnet, daß der Vorstand erst unterrichtet worden sei, nachdem sich die Vertrauensleute schon einig gemacht waren.

Mollenbuhler bekräftigt diese Darstellung. Der Berichterstatter Mollenbuhler versichert vorläufig auf das Schlußwort.

Der Statutenentwurf wird zur erneuten Beratung an die vorbereitende Vorberaterkommission zurückverwiesen, ebenso die sehr zahlreichen zum Entwurf gestellten Änderungsanträge.

Mit der Verlesung einiger eingegangener Begrüßungsgramme schließt der Vorsitzende Singer die Versammlung um 7 Uhr.

Eingegangen ist folgender Antrag (Nr. 143):

In Rücksicht auf die Wichtigkeit der zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung, die nicht notwendig aus der unumgänglichen Verteilung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung folgen und sich zum Nachteil beider proletarischer Organisationen steigern bemerkbar machen, beschließt der Parteitag: es ist in erster Linie eine organisatorische und organische Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung anzustreben, in zweiter Linie und sofort bis zur Erzielung jener organisatorischen Verbindung ein Organ zu dem Zweck zu schaffen oder ein bestehendes Parteiorgan mit der besonderen Aufgabe zu betrauen, eine dauernde Fühlung und in allen Fragen gemeinschaftlichen Interesses eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung und eine gemeinschaftliche Aktion herbeizuführen.

Dr. K. Siebnecht, Rieger-Spandau. Staab-Potsdam.

Es ist als Antrag 144 folgende Resolution zu parlamentarische Tätigkeit, Punkt 4 der Tagesordnung, eingegangen:

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nichtachtende Behandlung des deutschen Reichstags durch die Reichsregierung, wie sie sich in neuerer Zeit immer deutlicher zeigt und insbesondere bei Fragen der auswärtigen Politik, wie der Marokko-Frage und die Stellungnahme zum russisch-japanischen Konflikt, jetzt wieder mit all ihren Schäden und Gefahren zu Tage getreten ist. Der Parteitag verurteilt diese nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des deutschen Reiches auf das Schärfste, indem er zugleich betont, daß sie nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien im Reichstage ist, die damit die Hauptverantwortung für die Rückkehr zum persönlichen Regiment im deutschen Reich tragen. (Ed. Bernstein und 22 Genossen.)

Ueber die Dienstag Verhandlungen liegt folgender telegraphische Bericht vor:

Zunächst wird in der Vormittags-Sitzung ein von Stolten begründeter Antrag angenommen, die jüngsten Grenzstreitigkeiten zwischen „Vorwärts“, „Neue Zeit“ und „Leipziger Volkszeitung“ einer Kommission von 15 Mitgliedern zur Berichterstattung an den Parteitag zu überweisen. Gewählt werden: Dieb, Haase, Stolten, Ernst-Berlin, Wolderski, Clemm und Seger-Leipzig, Schwarz, Schmitt-Münch, Frank, Sperke, Ebert, Fränlein-Bader, Hengsbach und Rothe-Bredlau.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattet Mollenbuhler, der die Resolutionen des Vorstandes eindringlich begründet und zum eintigen Kampf nach außen auffordert.

Den Massenbericht gibt Gerisch, den Bericht der Kontrolleure Meister, der Decharge beantragt. Die Debatte beschäftigt sich mit dem Mainzer Kompromiß bei den Gemeindevahlen, mit sonstigen Agitationsfragen, der Fleischnot und dem Verhältnis zur polnischen Partei.

Der Parteitag beendet Nachmittags die Diskussion über den Vorstandsbericht. Den größten Raum in der Debatte nahm die Frage der hiesigen Gemeindevahlkompromisse ein. Gegenüber dem Tadel im Vorstandsbericht suchten die Genossen aus Mainz und Darmstadt ihre Taktik zu rechtfertigen. Ihnen hielt Scheidemann die allgemeine Beurteilung ihrer verwerflichen Wahlkompromisse mit dem Zentrum hier und den National Liberalen dort entgegen. Die Lösung müsse sein: Durch Kampf zum Sieg, nicht durch Kompromiß zum Mandat! David suchte die Haltung der Mainzer mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen das Zentrum zu verteidigen, fand aber bei Zubeil und Scheidemann Widerspruch.

Zur Frage der Redebote verlangte Michels in der Resolution einen schärferen Ausdruck des Gedankens, daß die Partei mit allen Mitteln den Krieg beschleunigen wolle. Das Ausland halte sie sonst mitschuldig an der abenteuerlichen Kolonialpolitik der deutschen Regierung. Kolb teilte mit, daß das in Konstanz erfolgte Verbot nach badischem Recht ungesetzlich sei und nur auf Berliner Einfluß hin erfolgte. Er kündigte eine Abrechnung mit der badischen Regierung an.

Die Fleischnotresolution fanden Adler und Zubeil nicht klar genug, weil sie das Einfuhrverbot zur Last des Schuß gegen Einschränkung von Seuchen. Mollenbuhler schränkte dies auf notwendige Fälle ein, über die lokal zu entscheiden sei.





## Zum Parteitag

gingen folgende Resolutionen ein:

Resolution die Friedens- und Freundschaftserklärung der englischen Parteigenossen und Gewerkschaften betreffend:

Die auf dem Parteitag in Jena versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie begrüßen mit aufrichtiger Genugthuung die Friedens- und Freundschaftserklärungen, die sich die Vertreter der englischen Sozialisten und Gewerkschaften abgegeben haben, veranlaßt durch die chauvinistischen Hehereien eines Teils der herrschenden Klassen diesseits und jenseits der Nordsee.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie erklären, daß sie die Versuche, zwischen dem englischen und dem deutschen Volke Unfrieden zu stiften und die beiden Völker, die mit in der vordersten Reihe der Kulturkationen stehen, zu einem Kriege zu verziehen, auf das entschiedenste als gewißlos und verurteilt beurteilen; sie erklären weiter, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, vorkommenden Falles mit aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte den Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Völkern zu verhindern.

Schließlich sprechen die versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie die Hoffnung aus, daß es endlich der englischen Arbeiterklasse gelingen möge, bei den nächsten Parlamentswahlen durch eine ihrer sozialen Bedeutung entsprechende Vertretung im Parlament ihren auf den Weltfrieden und die Völkerverständigung gerichteten Bestrebungen Einfluß zu verschaffen.

Der Parteivorstand.

Resolution die Redeverbote gegen die Parteigenossen Adler-Wien, Greulich-Bülich, Jaurès-Paris und Todeschini-Rom in Deutschland betreffend:

Der Parteitag erklärt:

Das Redeverbot, das durch den Brief des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris, dem Parteigenossen Jaurès in Aussicht gestellt wurde, falls er am 9. Juli d. J. in einer von dem Berliner Parteigenossen einberufenen Versammlung zugunsten des Friedens und der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland sprechen würde,

sowie das Redeverbot, das die holländische Regierung für den gleichen Tag gegen die Parteigenossen Dr. Adler-Wien, Greulich aus Bülich und Todeschini aus Rom für die internationale Arbeiterversammlung in Konstanz anspricht, sind als Zeichen der politischen Rücksichtslosigkeit Deutschlands zu einer Hoffstellung schlimmster Art für die betreffenden Regierungsorgane geworden.

Dieses Vorgehen hat das Völkerverständnis in der ganzen Kulturwelt auf das tiefste herabgedrückt und Deutschland in den Augen der Welt der Völkerrückständigkeit preisgegeben.

Der Parteitag verurteilt dieses Vorgehen deshalb besonders scharf, weil die beiden Versammlungen dazu bestimmt waren, das Mißtrauen der Völker und speziell des französischen Volkes in die Friedensliebe des deutschen Volkes nach Möglichkeit zu beseitigen und die Versöhnung abzugeben, daß es die deutsche Arbeiterklasse und ganz besonders die deutsche Sozialdemokratie alle Zeit mit als ihre vornehmste Aufgabe ansieht, dem Krieg, gegen welches Volk immer er provoziert werden sollte, den Krieg zu erklären und der Verständigung und Verständigung der Völker, namentlich des deutschen und des französischen Volkes, und der Schlichtung ihrer Streitigkeiten auf dem Wege internationaler Vereinbarungen die Wege zu ebnen.

Der Parteivorstand.

Resolution die Verteuerung der Fleischnahrung betreffend:

Die Tatsache, daß große Schichten der Bevölkerung Deutschlands, mehr als jemals zuvor, unter einer furch-

baren Verteuerung der Fleischnahrung zu leiden haben, wodurch die betreffenden Schichten auf das schwerste bedrückt und zu einer chronischen Unterernährung verurteilt werden, welche die verhängnisvollsten Folgen für die körperliche Entwicklung und für das Gemeinwohl zeitigt, ist die Wirkung einer agrarischen Handelspolitik, die seit Jahren die herrschenden Klassen und, von diesen gedrängt, in deren Interesse die Regierungen allen Maßnahmen und Warnungen zum Trotz betreiben.

Der Parteitag spricht über diese Elend und Verderben bringende Politik seine Empörung aus; er verlangt, daß sofort sämtliche Grenzen unter solcher Anwendung sanitärer Vorsichtsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Tierseuchen her geschlossen werden und daß durch das Fleischverkaulegebot erfolgte absolute Verbot der Einfuhr von ausländischem Fleisch, Jungen, Würsten, Conserven etc., sowie die Bölle auf Futtermittel aufgehoben werden.

Der Parteitag betrachtet speziell die erwähnten Verbote, die unter der Vorgabe eingeführt wurden, daß die betreffenden Nahrungsmittel gesundheitsschädlich seien, eine Behauptung, die niemals durch Tatsachen ausreichend bewiesen werden konnte und durch den ungehaberten und massenhaften Gebrauch dieser Nahrungsmittel von der Bevölkerung der Nachbarstaaten Deutschlands abgelehnt wird, als ganz besonders gefährlich und verhängnisvoll und nur der agrarischen Wutgeier zu Bloß zu stellen.

Das neue Minister im größten Staate Deutschlands, in Preußen, die Forderungen zum Erlaß von Maßnahmen zur Verbilligung der Fleischnahrung mit einer an Frivolität grenzenden Leichtfertigkeit zu beantworten für gut fanden, hat in besonderer Maße den tiefsten Anstoß der weitesten Kreise der Bevölkerung erregt und wieder einmal den Charakter der preussischen Regierung als Regierung eines Klassenstaats aufs eklatanteste bestätigt.

Der Parteitag richtet an die Parteigenossen die Aufforderung, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sofort in eine Agitation für den Erlaß von Maßnahmen, wie in vorstehender Resolution enthält, einzutreten.

Der Parteivorstand.

## Sozialismus und Parteiliebe

Der Verbandstag der deutschen Gewerbevereine, der dieser Tage in Würzburg tagte, und außerordentlich stark besucht war, beschloß trotz des Widerspruches des Vereines der deutsch-nationalen Handlungsgehilfen einstimmig den Anschluß der Gewerbevereine an die Kaufmannsgerichte.

Eine Einigung ist in Fürth i. W. zwischen den streitenden Holzarbeitern und den Arbeitgebern erzielt worden.

In der Segeltuchfabrik Behrend, mechanische Weberei Alt-Weißbach, zu Einbeck (Provinz Hannover), ist nach dem „Hann. Cour.“ sämtlichen Arbeitern nach Vereinbarung, etwa 200 an der Zahl, gekündigt worden. Der Betrieb wird voraussichtlich am 23. September eingestellt.

Die städtischen Gasarbeiter in Pforzheim befinden sich seit dem 8. September d. J. im Ausstande. Die Zahl der Streikenden beträgt 80. Ursache des Streiks: Maßregelung und Wiedereinstellung der städtischen Verwaltung.

Der amerikanische „Tag der Arbeit“ wird alljährlich am ersten Montag des September festlich begangen. Die amerikanischen Arbeiter haben es leichter gehabt, als die europäischen, der Arbeitstag wurde durch Kongreßbeschluss vom 24. Juni 1894 zu einem gesetzlichen Feiertag und steht in gleichem Range mit dem „Unabhängigkeitstag.“ Ob die amerikanischen Arbeiter aus eigener Kraft sich einen Feiertag erkungen haben würden, ist sehr zweifelhaft; um den ersten Mai haben

sie erst gar nicht gerungen, obgleich die Idee von amerikanischen Trade-Unionisten auf dem Pariser Kongreß zuerst angeregt wurde. Am 1. Mai 1890 sollte von den amerikanischen Arbeitern der Kampf für den Achtstundentag aufgenommen werden, aber der Antrag ihrer Vertreter auf dem Pariser Kongreß. Die Vertreter der europäischen Arbeiter nahmen den Gedanken mit Entschiedenheit auf und haben immerhin sich um seine Durchsetzung gerungen, trotzigenfalls, soweit die sozialistischen Parteien in Frage kommen. In Amerika dagegen hat man keinerlei Anstrengungen gemacht, den ersten Mai zu einer Bedeutung zu bringen. Am 1. Mai 1890 herauskam, fand er die amerikanischen Arbeiter durchaus unvorbereitet für einen Kampf um den Achtstundentag, und die Idee wurde kurzer Hand fallen gelassen. Die Pariser Regierung war schlau genug, einige Tage später den Arbeitern einen „Tag“ zu geben, an dem sie angetan mit ihren zünftlerischen Abzeichen, noch Herzlichkeit des ersten Maien können. Dadurch ist erst recht jeder Sinn für den Weltfrieden bei den amerikanischen Arbeitern verloren gegangen, bis er vielleicht einmal später durch die aufstrebende sozialistische Partei zu neuem Leben erweckt wird. In den meisten sozialistischen Zirkeln der Vereinigten Staaten wird natürlich schon jetzt der Maientag festlich begangen.

## Das Maß des Rechts

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Beleidigung des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha ist jetzt die erste Verurteilung erfolgt. Es handelte sich um einen - Vadianerlebzeling, der nach der „Frankf. Blg.“ dieser Tage von der Strafkammer zu Gotha wegen eines Delikts zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Wegen versuchter Erpressung wurde in Breslau der Leiter der Deliktverwaltung des Gemeindefabrikantenverbandes, Genosse Friedrich Mehlstein, von der dortigen Strafkammer zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Der Vorfall betrifft die Petitionsbewerbung der städtischen Arbeiter. Auf zwei Wochen Gefängnis wurde Mehlstein wegen einer demartige Petition verurteilt. Mehlstein richtete an die betreffenden Ämter im Auftrage des Verbandes ein Schreiben, in dem er ihnen die Wahl ließ zwischen 15 Mk., die als Buße an die Steuerbehörde des Verbandes zu zahlen seien, oder Anzeige beim Gericht wegen Sachbeschädigung.

Stofaken-Us-verschämtheiten. Oberstleutnant Wäldern wird am Sonntag mit berichtet: Als das Kinderfest der hiesigen Volksschule auf ihrem freien Plage dicht an der russischen Grenze abgehalten wurde, wurde auch ein russischer Grenzsoldat durch die Meßel, bei der er auch etwas Feuchtschliches vermutete, herübergelockt. Er konnte seinen Dorn nicht widerstehen und kam über die Grenze bis an die Bier- und Schnepfverkaufstände mit der Waffe. Nach einiger Zeit seiner Refraktierung hat man ihm aber geraten, noch wieder auf seinen Posten zurückzutreten. In der Zeit, wo er sich unterteilt und auch restauriert hatte, nahm sich doch ein Trupp Schmuggler, die urweit im Lager waren und den Vorgang beobachteten, wahr, und so wagten gegen Abend 14 Mann über die Grenze mit Waren hinüberzugehen. Weiter fortwärts trafen sie auf einen Nachbargrenzposten, der sie bald aufhielt. Ein Teil der Schmuggler warf die Waren von sich und floh, während der Schmuggler Baroka von dem Grenzposten gefesselt, mit dem Gewehr gestochen und da er fliehen wollte, erschossen worden ist. Die Leiche des Schmugglers wurde nach Stelze geschickt. - Ein weiterer kaum glaublicher Vorfall soll sich am Dinstagmorgen zwischen 5 und 6 Uhr am Grenzfluß Weinitza ereignet haben. Dort, so wird aus Deutchen berichtet, arbeitete der Grubenarbeiter Michail auf einer Wiese. Er hatte Schnaps bei sich und trank wiederholt. Der russische Grenzsoldat sah dies und hat den

## Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild. Von Friedrich Gersbacher.

(29. Fortsetzung).

Und nun das neugebaute Stockion erst - aber die Familienähnlichkeit mit San Francisco läßt sich nicht verkennen, wenn es auch nur eine jüngere Schwester - eigentlich eine Tochter - ist: Bette und Bretterbuden wenn irgend möglich noch leichter aufgebaut als dort, aber bis unter das leinene Dach hinauf mit Gütern für die Mienen vollgestaut. Und wie das hegt und jagt und weiter drängt - ja, wer hat Zeit hier, wo er die Berge in einem Tage marsch erreichen kann!

Hier aber sehen wir schon die Landpassage beginnen, denn während San Francisco fast allein auf seine Wasserwege angewiesen ist und ein schwerer Wagen dort zu den Seltenheiten gehört, scheint hier Alles darauf berechnet, daß, was die Boote bis hierher geführt, auf Achse oder Packtattel weiter zu befördern. Die schweren Ueberlandwagen der westlichen Farmer, die ihren Weg über die Felsengebirge gesucht, sind bis hierher gedrungen, und hoch beladen, mit vier oder auch sechs Ochsen bespannt, kehren sie wieder in die Mienen zurück. Zahlreiche Trupps von Maultierern lagern überall, und Mexikaner sprengen durch die Straßen oder arbeiten im Schweiß ihres Angesichts mit Säffern und Säcken, die Lasten ihren Packtieren aufzubürden.

Zug am Zug verläßt so die Stadt - hier eine Karawane von Goldwäschern, die sich gemeinschaftlich einen Wagen für ihr Gepäck und Handwerkszeug genommen haben und nun in Hemsärmeln fliegend und lachend nebenher schlendern; dort ein Trupp Maultierer, die bunten Zoropen über den Schultern, die Madras mit der klingenden Glöde um den Hals, voran. Hier leucht ein einzelner Goldwäscher, der nicht Geld genug hatte, selbst für seine wenigen Sachen

die Frucht zu zahlen, unter seinem Packer, überdies noch mit Schaufel, Hacke und Gewehr beladen, einsam und allein seine Bahn; dort sprengen ein paar Reiter - Handelsleute oder Spieler - auf schäumenden Ponies die staubige Straße entlang.

Aber nur Männer sieht man, wohin der Blick auch schweift - nur wilde bärtige Männer, rauhe, in Wald und Wildnis zugehörne Burken, kein Kind, kein weiblich Wesen, und wo sich ja - gewiß ein seltener Fall - ein buntes langes Kleid zeigt, da kann man sicher darauf rechnen, daß die Trägerin den Verworfenen ihres Geschlechts dahinein entlaufen ist. Das war auch damals noch kein Land für Frauen und Kinder, für die erst eine Heimat gegründet werden mußte. Hier galt es nicht allein dem Boden eine Existenz abzurufen, nein auch das eigene Leben zugleich zu schützen und zu wahren, und in die Berge paßte keine Frau.

Und in die Berge drängte, trieb das Volk; Wagen reißt sich an Wagen, Trupp schießt an Trupp, und fast erstaunt schauen die eiligen Wanderer hier und da am Wege, wie sich ein Mann die Mühe nimmt, Bäume zu fällen und Bretter anzufahren - aber der Mann hat seinen guten Grund: die Amerikaner sind ein praktisches Volk, und wo sie spekulieren, geschieht das ohne alle Phantasie. Ein Amerikaner wird sich nie eine reizende Gegend zum Wohnort aussuchen, wenn er nicht seinen ganz besondern Zweck dazu hat. Er liebt den rauhen Wald - wenn er seine Stämme zu Brettern und Posten benutzen kann - er freut sich der murrenden Quelle - wenn sie stark genug läuft, eine Mühle zu treiben - sonst nicht.

Möglich auch wohl, daß die Einzelnen, die hier am Wege sich niederlassen wollten, ihr Glück schon oben in den Mienen versucht, aber nicht gefunden hatten. Es ging damals das echt amerikanische Sprüchwort dort, daß jeder erst „den Elephanten sehen mußte.“ - Jedenfalls erkannten diese Leute, welchen Wert für spätere Zeiten frühe Besinnahme passender Stellen ihnen gewähren mußte, und das besuchten

sie und benteien es aus. Es war nicht gesagt, daß der, der sich hier ein Haus baute, irgend gesonnen sei, auch darin zu wohnen. Bewahre! sobald ihm ein annehmbarer Preis geboten wurde, verließ er es mit dem größten Vergnügen, um wo anders anzufangen, denn Kalifornien war groß. Aber das squatter oder preemption right wollten sie sich sichern, und wie vorzüglich sie dabei spekuliert hatten, bewies die Zukunft.

Jetzt dunkelte es. Hinter den Klippenbergen sank die Sonne ins Meer, und unmittelbar fast folgt die Nacht der scheidenden. - Wie still und leer die Straße plötzlich wird. Die Wagen sind seitab gefahren, etwa noch vorbeispazierenden nicht im Wege zu sein. Das Vieh wurde ausgespannt, mit Glöden versehen, auch wohl gekobbelt (Die Pferde haben heißt nach einem deutsch-amerikanischen Ausdruck: ihnen die beiden Vorderbeine so zusammenbinden, daß sie nur kurze Schritte damit machen und ihren Weidplatz also in der Nacht nicht so weit verlassen können.) und in das Gras zum nächsten Morgen getrieben, an dem die Leute schon ein Feuer angezündet und Holz zum Nachtgebrauch herbeigeschleppt hatten.

Die mexikanischen Maultierer haben ihre Tiere abgeladen, die Waren in der Mitte aufgeföhrt, von den beiden hohen Packtäteln eine Barrikade im Kreis darum gebaut, und bedeckten jetzt auf dünner Blechplatte ihre maßentartiges Weizenbrot. Hier und dort funkt ein rotes, züngelndes Feuer durch die Büsche. Dunkle Schatten bewegen sich darum her und strecken sich endlich neben den glühenden Kohlen auf den Boden nieder. - Die Leute brauchen kein Weizenbrot, weil sie vorher wußten, daß sie unterwegs kein finden würden, und jeber hat sich mitgebracht, was er auf dem Wege bedarf: zu essen und eine Decke - hier und da wohl auch ein Bett - in den Mienen wird's ihnen ja doch auch nicht besser geboten.

Jetzt sind die Feuer niedergebrannt, und vom Himmel herab funkeln die Sterne auf das ruhig schlummernde Land mit all seinen Hoffnungen und Träumen.

